

Tagesordnung 1 Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 07.03.2007

Vorlage Nr. 07-F-25-0012

**Sicherstellung des qualitativen ÖPNV für Wiesbaden - Weichenstellung für die Zukunft
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP vom 30.01.2007 -**

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest:

1. Seit Jahren gründet sich die Durchführung und die Weiterentwicklung des ÖPNV in Wiesbaden auf
 - der Lokalen Nahverkehrsgesellschaft (LNG)
 - ESWE-Verkehrs GmbH
 - Tochtergesellschaft WiBus
2. Die Gründung der WiBus GmbH hatte zum Ziel, bei möglichst großem Einfluss des kommunalen Eigentümers - ESWE-Verkehr die von den Städtischen Gremien geforderte Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen. Zu diesem Zwecke sollte die WiBus auch Verkehrsdienstleistungen in der Region generieren. Die Kosten bei ESWE Verkehr wurden in den letzten Jahren konsequent gesenkt. Zusätzliche, das Betriebsergebnis verbessernde, Verkehrsdienstleistungen konnten bisher von WiBus nicht „gewonnen“ werden
3. Die marktwirtschaftliche Orientierung und Wettbewerbsfähigkeit von ESWE-Verkehr GmbH sind die Voraussetzungen sowohl für eine
 - Beteiligung an einer europaweiten Ausschreibung
 - wie für eine Direktvergabe (Inhouse)
4. Der Kauf der Geschäftsanteile eines der beiden Partners an der WiBus GmbH, der Hochbahn AG (49 %) und/oder der Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrs Holding (51 %) ist nur mit Zustimmung des Partners zu realisieren. Nur bei Vertragsverletzungen durch die Hochbahn AG oder dem Vertragsinhalt widersprechende Betriebsergebnisse z.B. bei Verlustgeschäften in den Geschäftsjahren 2005 und 2006, ohne vollständigen Ausgleich im nächsten Geschäftsjahr, kann deren Anteil an der WiBus GmbH erworben werden.

Der Magistrat wird deshalb gebeten, im Hinblick auf die 2008 anstehende Entscheidung über die Konzessionsvergabe 2009, im Lichte der aktuellen Rechtsprechung, für den innerstädtischen Verkehr eine Vorlage zu erarbeiten, aus der hervorgeht

- Ob und wenn ja, welche rechtlichen Bedingungen gegen eine marktwirtschaftlich orientierte Direktvergabe an ESWE Verkehr sprechen.
- Welche Vorteile sich im Hinblick auf die Qualität des ÖPNV Angebotes in Wiesbaden durch eine hundertprozentige Tochter „WiBus“ bei der Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrs Holding ergeben können und was gegebenenfalls dagegen spricht.
- Unter welchen Voraussetzungen der Ankauf der Geschäftsanteile der Hochbahn zu realisieren wäre und welche finanziellen Belastungen dadurch für den neuen

Eigentümer zu erwarten wären.

- Welche Kriterien von ESWE Verkehr bei einer Inhouse-Vergabe erfüllt werden müssen (z.B. die 4 „Altmark Trans“ Kriterien)
-

Beschluss Nr. 0097

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Antrag wird in der folgenden Fassung angenommen:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest:

1. Seit Jahren gründet sich die Durchführung und die Weiterentwicklung des ÖPNV in Wiesbaden auf
 - der Lokalen Nahverkehrsgesellschaft (LNG)
 - ESWE-Verkehrs GmbH
 - Tochtergesellschaft WiBus
2. Die Gründung der WiBus GmbH hatte zum Ziel, bei möglichst großem Einfluss des kommunalen Eigentümers - ESWE-Verkehr die von den Städtischen Gremien geforderte Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen. Zu diesem Zwecke sollte die WiBus auch Verkehrsdienstleistungen in der Region generieren. Die Kosten bei ESWE Verkehr wurden in den letzten Jahren konsequent gesenkt. Zusätzliche, das Betriebsergebnis verbessernde, Verkehrsdienstleistungen konnten bisher von WiBus nicht „gewonnen“ werden
3. Die marktwirtschaftliche Orientierung und Wettbewerbsfähigkeit von ESWE-Verkehr GmbH sind die Voraussetzungen sowohl für eine
 - Beteiligung an einer europaweiten Ausschreibung
 - wie für eine Direktvergabe (Inhouse)
4. Der Kauf der Geschäftsanteile eines der beiden Partners an der WiBus GmbH, der Hochbahn AG (49 %) und/oder der Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrsholding (51 %) ist nur mit Zustimmung des Partners zu realisieren. Nur bei Vertragsverletzungen durch die Hochbahn AG oder dem Vertragsinhalt widersprechende Betriebsergebnisse z.B. bei Verlustgeschäften in den Geschäftsjahren 2005 und 2006, ohne vollständigen Ausgleich im nächsten Geschäftsjahr, kann deren Anteil an der WiBus GmbH erworben werden.

Der Magistrat wird deshalb gebeten, im Hinblick *auf die beabsichtigte Veräußerung der Hochbahnanteile an eine Beteiligungsgesellschaft* und auf die 2008 anstehende Entscheidung über die Konzessionsvergabe 2009, im Lichte der aktuellen Rechtsprechung, für den innerstädtischen Verkehr zum schnellstmöglichen Zeitpunkt eine Vorlage zu erarbeiten, aus der hervorgeht

- Ob und wenn ja, welche rechtlichen Bedingungen gegen eine marktwirtschaftlich orientierte Direktvergabe an ESWE Verkehr sprechen.
- Welche Vorteile sich im Hinblick auf die Qualität des ÖPNV Angebotes in Wiesbaden durch eine hundertprozentige Tochter „WiBus“ bei der Wiesbadener

Versorgungs- und Verkehrsholding ergeben können und was gegebenenfalls dagegen spricht.

- Unter welchen Voraussetzungen der Ankauf der Geschäftsanteile der Hochbahn zu realisieren wäre und welche finanziellen Belastungen dadurch für den neuen Eigentümer zu erwarten wären.
- Welche Kriterien von ESWE Verkehr bei einer Inhouse-Vergabe erfüllt werden müssen (z.B. die 4 „Altmark Trans“ Kriterien)

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt ferner die laufenden Verhandlungen zwischen ver.di und dem Arbeitgeberverband mit dem Ziel, zu einem einheitlichen Branchentarifvertrag zu kommen, der für alle WIBus-Fahrer Anwendung finden soll.

(letzter Absatz ergänzt durch den Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr und den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung,
kursiv: Änderung des Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung)

Tagesordnung II

Wiesbaden, .03.2007

Horschler
Vorsitzender